

**Rede zum Tagesordnungspunkt 9. und 10 -
„Etatberatungen für das Haushaltsjahr 2012 und 2013“**

Liebe Gäste, Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herrn,

"Licht am Ende des Tunnels!" – unter diese hoffnungsvolle Überschrift haben Sie, Herr Weeke, ihre Haushaltsrede zum Haushalt 2013 gestellt. Ich habe Respekt vor Ihrer Arbeit und der Ihrer Mitarbeiter für die Zusammenstellung dieser gewaltigen Zahlenwerke der beiden Haushalte 2012 und 2013. Doch ich fürchte, ein Großteil davon ist wohl jetzt schon Makulatur:

Die von Ihnen so genannten "drei wesentlichen Rahmenbedingungen" für eine perspektivische Sanierung des Solinger Haushalts sind jetzt schon nicht mehr realistisch:

1. „Die nächsten 15 Jahre strukturell stabile wirtschaftliche Verhältnisse“ sind angesichts der Eurokrise, eines beginnenden neuen Einbruchs in der Weltwirtschaftskrise eine blanke Illusion. Der Zyklus einschneidender Weltwirtschaftskrisen hat sich in den letzten Jahrzehnten sogar immer weiter verkürzt.
2. Keine „Steuerentlastungen auf Bundesebene“ – auch das ist schon passé: Sie führen selbst an, dass die schon beschlossenen Steuersenkungsbeschlüsse zur Milderung der kalten Progression – die ja zu begrüßen sind – wieder auf die Städte abgeladen werden und für Solingen einen Einnahmeverlust von ca. 2,5 Mio. Euro bedeuten.
3. Keine weitere Verletzung des Konnexitäts-Prinzips: mit ihrem Beschluss zur Inklusion an den Schulen – auch das ist an sich nicht abzulehnen - hat die Landesregierung erst kürzlich wieder die Politik von Bund und Land fortgesetzt, schöne Projekte auszurufen, die dann die Kommunen zahlen sollen.

Doch es kommt noch schlimmer: in ihrer „Änderungsliste“ vom 29.8.2012 zu den Haushaltsplanentwürfen haben Sie selbst ausgewiesen, dass der Haushalt zwischen 2012 und 2016 um 21,2 Millionen mehr Ausgaben haben wird, als in Ihrem Zahlenwerk bisher errechnet wurde. Unter anderen auch dadurch, dass die Landesregierung flugs mal 18 Millionen Euro weniger an Schlüsselzuweisungen zur Verfügung stellt. Wie soll man da noch planen??

Die Ursache der Solinger Finanzkrise liegt nicht an der Masse der Solinger Bürger, an ihrer mangelnden Sparsamkeit oder gar Verschwendungssucht, sondern an gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Der kürzlich vom Bundes-Arbeitsministerium veröffentlichte Armuts- und Reichtumsbericht hat bekräftigt, was alle spüren: Die wachsende Armut der Kommunen als unterstes Glied in der Kette ist Ergebnis einer fortschreitenden Umverteilung von un-

ten nach oben mit steigendem privatem Reichtum einiger Weniger auf Kosten wachsender Armut der Masse der normalen Leute und auch der Kommunen.

Das zeigt sich auch in Solingen: während die Umsätze und Gewinne der Solinger Industrie in den Jahren 2011 und 2012 beträchtlich zulegten, stiegen zugleich die Ausgaben der Stadt für Sozialhilfe um 16,8 % gegenüber dem Vorjahr – deutlich über dem Landesdurchschnitt von 4,8 % (SM 2.8.2012)!

Deshalb wir auch diese Haushaltsrede nicht ohne **deutliche Kapitalismuskritik** bleiben: Wir werden uns keiner Politik beugen, in der die Kommunen regelrecht zurück gebaut werden: Bäder geschlossen, Grünflächen verwahrlost oder abgesperrt werden und städtische Gebäude verfallen. Und das in einer Gesellschaft in der Produktivität, Reichtum und Fortschritt ständig steigen. Dass ausgerechnet die Banken an diesem rasanten Verschuldungsprozess noch verdienen zeigt, dass es um „Klassenpolitik“ und nicht einfach alternativlose Sachzwänge geht.

Angesichts von fast 1 Milliarde € Gesamtschulden, davon allein derzeit 475 Millionen Euro an Kassenkrediten (SM 19.9.), bescheren uns mindestens noch sechs Jahre lang jedes Jahr mehr Ausgaben als Einnahmen.

Angesicht völlig unberechenbarer gesamtgesellschaftlicher Rahmenbedingungen, halten wir es für völlig aussichtslos, dass dieser Haushalt durch "Disziplin über Jahre und Wahlen hinweg", wie Sie, Herr Feith uns beschwören wollen, jemals saniert werden kann. Weil dieses aussichtslose „Sparen“ auf Kosten der einfachen Leute aber die Substanz dieser Haushaltsentwürfe ist, lehnen wir sie ausdrücklich ab!

Durch die scheinbar so großen Bemühungen wird zugleich an Land und Bund signalisiert, dass die Kommunen bereit sind, die Rahmenbedingungen zu akzeptieren und werden die Probleme der drastischen Unterfinanzierung der Kommunen sogar noch überdeckt. Man erklärt damit die Bereitschaft, diese Situation auf den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt abzuladen.

Nicht umsonst ist auch jeder gemeinsame Protest der Kämmerer gegen die Landes- und Bundespolitik verstummt.

Die 13 Millionen €, die jetzt mit dem neuen Haushaltssanierungsplan strukturell pro Jahr eingespart werden sollen, liegen deutlich unter den Zinsausgaben im Jahr 2013 in Höhe von 19 Millionen Euro. Mit anderen Worten: die den Bürgern abverlangten Sparmaßnahmen dienen allein der Bedienung der Bankzinsen, ohne dass damit die Gesamtverschuldung geringer geworden ist.

Schon mit den bisherigen Sparmaßnahmen von strukturell 30 Millionen € pro Jahr nach dem bisherigen HSK hat sich die Lage der Solingerinnen und Solinger immer weiter verschlechtert - und wir sehen nicht ein, dass das noch forciert werden soll.

Ich will das an einigen Kernbereichen verdeutlichen:

Zum Personal bei der Stadt: 166 Stellen, d.h. 10 Prozent, sollten gestrichen werden – und so über 7 Millionen aus den Knochen des städtischen Personals gepresst werden. 96 Stellen sind schon dem Rotstift zum Opfer gefallen. Und jetzt sollen nach dem neuen Plan noch einmal 39 Stellen wegfallen?

Selbst Sie, Herr Welp, haben zu Recht erklärt "Die Grenze des Belastbaren ist erreicht!" (Solinger Morgenpost 22.9.2012). Geradezu skandalös ist die Forderung der CDU von ihrer Haushaltsklausur Anfang Juli, weitere 100 Stellen zu streichen!

Angesichts von 350 städtischen Mitarbeitern, die in den nächsten Jahren wegen Alter und Fluktuation ausscheiden (1000 sollen es bis 2025 sein), ist das vollkommen verantwortungslos! **Wir lehnen jeden weiteren Personalabbau bei der unteren und mittleren Ebene ab!**

Stattdessen fordern wir eine Reduzierung sowohl auf der höheren Ebene als auch vor allem bei den zum Teil überflüssigen Geschäftsführerposten. In der positiven "Stellungnahme der Verwaltung" zum entsprechenden Bürgerantrag B335 hat die Verwaltung dafür selbst ein Einsparvolumen von 500.000 € ausgerechnet und dies als Maßnahme M015 in den HSP aufgenommen.

Perspektivisch dringend nötig ist der weitere Ausbau von **kommunalen Ausbildungsplätzen**. Unverständlich ist uns, warum im Haushaltsplan lediglich 34 Plätze für Auszubildende nachgewiesen sind – das sind gerade mal 2 % der Belegschaft! Laut „Morgenpost“ vom 19. September will die Stadt das Ausbildungskontingent im Jahr 2013 auf zirka 60 kräftig erhöhen (SM 19.9.). Diese Richtung begrüßen wir. Wir halten dabei aber das noch deutlich höhere Ziel einer *zehnprozentigen* Ausbildungsquote für notwendig!

Zum ÖPNV: Schon in den bisherigen HSKs hat der öffentliche Nahverkehr so kräftig bluten müssen, dass der errechnete Einspareffekt durch sinkende Fahrgastzahlen wieder aufgefressen wurde. Trotz dieser Erfahrungen sollen jetzt wieder 200.000 € eingespart werden, nach jüngsten Andeutungen von Herrn Schneider evtl. sogar 400.000! Das würde alle insgesamt positiven Überlegungen über die Neufassung des Nahverkehrsplans - zu 95 % einvernehmlich mit dem ÖPNV-Fahrgastbeirat erstellt - mit einem Schlag zunichte machen!

Wir lehnen diese weiteren Kürzungen ab! Damit stellen wir uns hinter den Appell der „Mitglieder des Solinger Frauenforums“ vom September 2012, die in ihrem „Offenen Brief an die Ratsfraktionen und an den Geschäftsführer der Verkehrsbetriebe“ unter anderem schreiben: *„Bitte bedenken Sie bei allen notwendigen Sparüberlegungen, dass die öffentlichen Verkehrsmittel in der Regel von Kindern, Jugendlichen, Männern und (mehrheitlich) Frauen benutzt werden, die sich ein Auto oder teure Taxifahrten nicht leisten können und dass ein auskömmliches Busangebot in den frühen Morgen- und späten Abendstunden auch mehr Sicherheit für Jugendliche, Männer und (vor allem) Frauen bedeutet.“*

Außerdem warnen wir vor Plänen, in weiterem Umfang Busfahrer aus dem Tarif des öffentlichen Dienstes in Gesellschaften mit einem billigeren privaten Busfahrertarif überzuführen. Damit kann die Qualität und Sicherheit des öffentlichen Nahverkehrs nur schlechter werden – auf Kosten der Fahrer und der Passagiere. Schon jetzt sind laut Verdi die Busfahrer grundsätzlich unterbezahlt und in zum Teil unerträglichen Arbeitsbedingungen, wogegen sich z.B. in Wuppertal derzeit der Widerstand regt.

Zur Bäderlandschaft und Sportpolitik: Der ursprüngliche Titel des mittelalterli-

chen Buches "Die Schildbürger" hieß: *"Wunderseltame, abenteuerliche, unerhörte und bisher unbeschriebene Geschichten und Taten..."* Die Geschichte der Solinger Bäderpolitik wäre es wahrlich wert, in einem solchen Schwank verewigt zu werden.

Und Herr Schneider könnte dazu ein weiteres Kapitel beitragen: Wie er erst vor wenigen Wochen über 4 Millionen für einen Neubau als Ersatz für das Hallenbad Vogelsang ausgeben wollte, und jetzt plötzlich dafür nur noch einen „Notgroschen für Unvorhergesehenes" zur Verfügung stellen will. Wobei jeder weiß, dass man nur mit Notgroschen auf Dauer kein Bad erhalten kann. Zwei Hallenbäder sind der Sparwut schon zum Opfer gefallen. Soll das dritte und letzte öffentliche Solinger Hallenbad jetzt auch noch zu Grunde gehen?

SOLINGEN AKTIV hat sich schon immer für den Erhalt von wohnortnahen Bädern eingesetzt. Daher sind wir eindeutig gegen weitere Kürzungsmaßnahmen auf Kosten des Hallenbads Vogelsang, ebenso wie wir weitere Einsparungen bzw. Gebührenerhöhungen auf Kosten der Sportvereine und damit der Gesundheit unserer Jugend strikt ablehnen. Daher unterstützen wir aus vollem Herzen das Schreiben des Vereins „Reha- und Behindertensport Solingen 1953 e.V.“ vom 24.9. zum erneuten Kurswechsel in der Vogelsang-Politik an die Ratsfraktionen, in dem es zum Schluss heißt:

„Wir protestieren gegen diese Zumutung, Geht man so mit mündigen Bürgern um? Ist der Wille der Bürger den Verantwortlichen vor der Wahl inzwischen völlig gleichgültig? Wir erwarten ein bedingungsloses und dauerhaftes Bekenntnis seitens der Politik und Verwaltung zum Schwimmbad Vogelsang und Zusicherung der Investitionen zur langfristigen Sicherung des Bades!“

Das „bedingungslose Bekenntnis“ der Bürger und von SOLINGEN AKTIV hat dieser engagierte Verein.

Auch die Farce um das **Stadion am Hermann-Löns-Weg** verdient einen Eintrag in das Solinger Schildbürgerbuch: aus angeblich 3 Millionen Gewinn wurden aufgrund eines Rechenfehlers Anfang des Jahres nur noch 1,5 Millionen. Jetzt wird durch teure Gutachten festgestellt, was sachkundige Bürger schon von Anfang an sagten: Dass der Baugrund für die geplante Wohnbebauung nicht tragfähig ist.

Und völlig blauäugig wurden ganz unabhängig vom Ergebnis dieses Gutachtens schon ein Ersatzsportplatz in Aufderhöhe geplant und in der "Änderungsliste" zu den Haushaltsentwürfen noch 800.000 € „Abbruchkosten Hermann-Löns-Stadion“ eingestellt. SOLINGEN AKTIV unterstützt demgegenüber wie seit zwei Jahren den Erhalt der Sportanlagen am Hermann-Löns-Weg und die damit verbundene gute Jugendarbeit der dortigen Sportvereine. Wir schlagen daher der Stadtverwaltung vor, auf das kompetente Schreiben des Ohligser Fußballklubs OFC vom 6.9.2012 zu einem konstruktiven Gespräch über den Erhalt und die weitere Nutzung dieser Sportanlagen einzugehen und den Abriss mitsamt seinen Haushaltspositionen auszusetzen.

Wir wollen an diesen wenigen markanten Beispielen aufzeigen, wo man unseres Erachtens auf keinen Fall auf Kosten der Solinger Bürger und insbesondere der Jugend sparen kann und sparen darf.

Auch über die genannten Maßnahmen hinaus ist die Summe der Beschlüsse belas-

tend. Z.B. zahlt eine Familie in der größten Neubausiedlung in Solingen, dem Börkhauser Feld ca. 70 Euro mehr Grundsteuer B im Jahr– umgelegt auf die Nebenkoste. Das kommt zu den explodierten Sprit- und Energiepreisen, sinkenden Reallöhnen usw. noch hinzu!

Das heißt aber nicht, dass wir uns nur verweigern, dass wir „naiv“ sind, wie manche meinen, oder dass wir, weil wir nicht in den fraktionsübergreifenden „Sparchor“ einstimmen, unverantwortlich gegenüber der Zukunft Solinger sind. Im Gegenteil. Unverantwortlich ist, wer den Bürgern vormacht, durch diese Art des Sparens könnten wir uns am eigenen Kopf aus dem Schlamassel ziehen. Das haben allein schon die ergebnislosen „Sparorgien“ der letzten Jahre traurig bestätigt - ebenso wie die Haushalte 2012 und 2013, die jetzt schon wieder überholt sind.

Während, wie allgemein üblich, auch hier im Rat wir als linke Opposition als wirtschaftspolitisch inkompetent bezeichnet wurden, bringt unsere wichtigste haushaltspolitische Forderung der letzten Jahr, die SWS rück zu kaufen und damit die Gewinne der Versorgungssparte wieder für Solingen zu nutzen, immerhin 2-5 Mio. Euro mehr im Jahr. Soviel hat kein anderer Beschluss der letzten Jahre gebracht, ohne damit die „einfachen“ Menschen zu belasten.

Sie, Herr Krebs haben die Forderungen nach einem Rückkauf damals als „sozialistischen“ Vorschlag bezeichnet. Nun wurde er umgesetzt – vielleicht braucht es mehr solcher „sozialistischer Vorschläge“, wenn sie unsere Einnahmesituation derart verbessern...

Auch weitere Vorschläge von Solingen AKTIV, die bisher einstimmig abgelehnt wurden, werden mit diesem Haushalt und den Änderungsanträgen aufgegriffen, wie die Einsparungen an hoch bezahlten Geschäftsführerstellen bei der Beteiligungsgesellschaft. Insofern hat sich doch einiges getan in den Haushaltsverhandlungen und es gibt eine Reihe begrüßenswerter Maßnahmen, wie energetische Sanierung, Einführung von Energiesparlampen usw. Das wiegt aber für uns den Gesamtcharakter des Haushaltes mitsamt seinem Haushaltssicherungsplanes nicht auf, weshalb wir einigen neuen Anträgen zustimmen, aber das Gesamtwerk ablehnen werden!

Unsere **konstruktiven Lösungsvorschläge** beziehen sich entsprechend den Ursachen der Solinger kommunalen Finanzkrise auf die überörtliche als auch auf der örtlichen Ebene:

Überörtlich:

Erstens: Kernstück ist der Kampf um eine umfassende **Gemeindefinanzreform** zur Neuverteilung der Steuereinnahmen und für einen **staatlichen Rettungsschirm für die überschuldeten Kommunen**, die aus eigener Kraft nicht mehr der Schuldenfalle entrinnen können.

Wir fordern die Stadtverwaltung, aber auch die hier im Saal anwesenden Parteifreunde der Regierungen von Düsseldorf und Berlin auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit endlich deutliche Schritte in diese Richtung erfolgen. Der "Stärkungspakt Stadtfinanzen" war dabei nur ein Tropfen auf den heißen Stein – dabei noch ein vergifteter: denn er ist an die Verpflichtung der Kommune geknüpft, bis ins Jahr 2018

dramatisch Ausgaben zu senken - eine offene Erpressung also, die wir ablehnen! Natürlich haben wir im letzten Jahr zugestimmt, dass diese finanzielle Unterstützung eingefordert wird, haben uns aber auch damals schon eindeutig gegen die damit verbundenen Auflagen ausgesprochen.

Zweitens: Herr Weeke, Sie haben Anfang Mai in einem Interview mit der „Morgenpost“ gesagt: *"Kassenkredite sind der eigentliche Mühlstein am Hals, damit strangulieren Kommunen sich... Wir müssen raus aus der Kassenkreditspirale. Sonst haben wir vor der Geschichte versagt."* (8.5.) Und wenig später sagten Sie, dass ab dem Jahr 2014 *"Solingen also phasenweise quasi komplett den Banken gehört"* (Solinger Morgenpost vom 2.7.2012).

Wenn also die Abhängigkeit von den Banken mit ihren rigiden Gewinnmargen durch die Zinsen, wenn die Abhängigkeit vom heute internationalen Finanzkapital der "eigentliche Mühlstein am Hals" der Kommunen ist, dann müssen sich unsere Forderungen doch gegen sie richten!

Was mit der internationalen Krisenpolitik u.a. Basel III. Auf die Kommunen zukommt geht sogar noch weiter: Da die Banken höheres Eigenkapital aufweisen müssen, werden sie künftig nur noch gegen immer höhere Zinsen und politische Auflagen überhaupt noch Kredite an die Kommunen geben. Herr Weeke berichtete ja auch überregional in der Financial Times Deutschland über die Probleme, überhaupt neue Kredite zu kommen. Besonders verheerend ist zugleich, dass die Schuldenbremse von Bund und Ländern den Drang erhöhen, Lasten an die Kommunen abzugeben. Dass *„die gesetzliche Schuldenbremse den Druck auf die Kommunen zu einer noch stärkeren Verschuldung erhöhen“* könnte, befürchtet selbst der Deutsche Bankenverband. (FTD, 20.3.12)

Dieses Umfeld werden wir in und aus Solingen, erst recht aus diesem Stadtrat heraus nicht ändern können. Aber die Frage ist, ob wir uns diesem Diktat der Banken und Konzerne unterwerfen, oder den Kampf dagegen führen. Wir schlagen daher wie schon in den vergangenen Jahren als grundlegende Forderungen gegen die kommunalen Finanzkrise vor:

Verhandlungen mit den Gläubigerbanken für ein schnellstmögliches Zinsmoratorium!

Da bei 1 Milliarde € Schulden und demgegenüber 20 bis 30 Millionen € Zinszahlungen pro Jahr allein mit einem Zinsmoratorium keine Lösung der städtischen Finanzkrise mehr denkbar ist, muss auf politischer und geschäftlicher Ebene ein zumindest teilweises Niederschlagen der Schulden der Kommunen gefordert werden - wie es bei jeder geschäftlichen und privaten Insolvenz, oder auch bei zahlungsunfähigen Staaten wie derzeit bei Griechenland inzwischen gang und gäbe ist. Warum soll das ausgerechnet bei den Kommunen nicht gelten, an denen nun über Jahrzehnte die Banken soviel verdient haben, dass die ursprünglichen Kredite längst finanziert sind.

Drittens: Auch auf kommunaler Ebene gibt es Möglichkeiten, unsinnige Ausgaben zu stoppen oder zumindest einzugrenzen und andere Einnahmen zu schaffen. Dafür hat SOLINGEN AKTIV neben der bereits genannten folgende Vorschläge:

- Dringend benötigte Kassenkredite durch die Stadtparkasse werden der Stadt als 100%iger Gesellschafterin ab sofort zinslos zur Verfügung gestellt.
- Erhöhung des Konsolidierungsbeitrags der Stadtparkasse Solingen (siehe Maßnahme 263) ab 2012 auf 50 % ihres Reingewinns (im Jahr 2009 war der Reingewinn 3 Millionen €, wir könnten daher sicherlich schon ab 2012 mit 1,5 Million € und mehr rechnen)
- Senkung der Kosten der politischen Steuerung entsprechend dem Vorschlag SOLINGEN AKTIV mit einem Einsparvolumen von 423.000 € - siehe unser Änderungsantrag zu M265

Wir fordern weiter ein ernsthaftes Verfolgen von sinnvollen Bürgervorschlägen aus der in diesem Jahr insgesamt konstruktiven und demokratisch organisierten Bürgerbefragung (an der sich auch SOLINGEN AKTIV beteiligt hat) und begrüßen, dass in den heutigen Anträgen noch eine Reihe der Vorschläge aufgegriffen wurden. So die Solartechnik auf alle städtische Gebäude, wo es möglich ist (B12, B109).

Allerdings wurde auch vieles in den "Stellungnahme der Verwaltung" nicht zufriedenstellend beantwortet und v.a. in der praktischen Umsetzung aufgegriffen – wie die Stromerzeugung durch Wasserkraftturbinen – auch über die Sengbachtalsperre hinaus (B191), oder die Einführung von weiteren höheren Beitragsgruppen für Kindertagesstätten bei Einkommen von über 71.000 € pro Jahr immerhin für 340 Eltern (B46) u.a.m.

Wir sind uns im Klaren, dass Rat und Verwaltung angesichts dieser komplexen Situation nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten haben. Aber im Rahmen dessen, was möglich ist, könnte sich dieser Rat auch anders entscheiden, als die Probleme auf die Bevölkerung abzuwälzen.

SOLINGEN AKTIV wird daher den Protest der Bevölkerung weiter aktiv unterstützen und Verschlechterungen abzuwenden und Verbesserungen zu erreichen, aber auch die gesellschaftlichen Hintergründe hinzuweisen. Denn nur so sind schrittweise Erfolge auf dem Weg gesamtgesellschaftlicher Veränderungen möglich, nur so können wir dem Übel der kommunalen Finanzkrise an Wurzel gehen.

Verstärken wir den Protest und den Widerstand gegen das Ausbluten der Kommunen! Liebe Besucher der Ratssitzung, werdet aktiv, schließt euch zusammen!

Nur dann gibt es tatsächlich „Licht am Ende des Tunnels“ und nicht nur eine Fatamorgana!